



Entwicklungszusammenarbeit als Konfliktprävention? Was die Forschung sagt

Charlotte Fiedler, Jasmin Lorch, Karina Mross &
Julia Leininger

Zusammenfassung

Zivile Krisenprävention ist von zentraler Bedeutung für das Leitbild der integrierten Sicherheit, an dem sich die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesregierung derzeit orientiert. Dies umfasst auch Konfliktprävention: Gewaltkonflikten mit zivilen Mitteln vorzubeugen oder sie einzudämmen. Konfliktprävention ist auch zentral, um die Außenpolitik der Bundesregierung als wehrhafte Friedenspolitik zu gestalten und das Prinzip zu stärken, Gewalt nur als *Ultima Ratio* einzusetzen.

Dafür ist es wichtig zu wissen, ob und mit welchen Mitteln zivile Konfliktprävention wirkt. Hierfür fasst dieser Policy Brief wissenschaftliche Evidenz über die Wirksamkeit von Konfliktprävention durch Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zusammen. Der Überblick zeigt, dass bestimmte EZ-Ansätze nachweisbar Konflikte verhindern oder abmildern können, EZ insgesamt aber nicht automatisch konfliktpräventiv wirkt.

Eine Ausdifferenzierung nach verschiedenen Bereichen von EZ macht deutlich, dass vor allem Demokratie- und Friedensförderung konfliktpräventiv wirken. Verschiedene Formen von Gewalt wie Bürgerkrieg oder Wahlgewalt treten seltener auf, wenn in Demokratieförderung investiert wird. Friedensförderung kann maßgeblich den Wiederausbruch von Gewaltkonflikten verhindern, Friedensmissionen Todesopfer reduzieren oder Gewalt eindämmen.

Für die EZ insgesamt sind derartige Effekte aber nicht nachgewiesen. Schlimmstenfalls kann EZ in Konfliktkontexten zur umkämpften Ressource werden und Gewalt befeuern. Schlecht geführte Projekte ohne Monitoring und solche, die nicht ausreichend kontextsensibel waren, haben Gewaltkonflikte begünstigt. Gleichzeitig

wirken EZ-Schocks – abrupte Rückgänge von EZ – erwiesenermaßen konfliktfördernd.

Soll EZ dabei unterstützen, Gewaltkonflikte zu verhindern oder einzudämmen, so muss sie bewusst auf diese Ziele ausgerichtet und mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden. Außerdem sind gutes Projektmanagement und eine konflikt sensible Umsetzung für alle Arten von EZ maßgeblich, um nicht-intendierte konfliktfördernde Auswirkungen zu vermeiden.

Es empfehlen sich folgende Handlungsgrundsätze:

Friedens- und Demokratieförderung priorisieren und Ressourcen umsteuern. Um EZ als Konfliktprävention aufzustellen, empfiehlt es sich, Demokratie- und Friedensförderung prominenter auf die Agenda zu setzen und Mittel gezielt in diese Felder zu investieren.

Analyseinstrumente schärfen und als Entscheidungsgrundlage nutzen. Die bestehenden Analyseinstrumente sollten in ihrem Fokus auf Konfliktprävention geschärft und konsequenter genutzt werden. Besondere Bedeutung kommt der strategischen Vorausschau zu, die Frühwarnung mit Szenarienarbeit kombiniert.

Do-no-Harm durch EZ bleibt Handlungsmaxime.

Exit-Schocks vermeiden. Wo EZ erheblich reduziert oder beendet werden soll, hilft die detaillierte Analyse möglicher konfliktverschärfender Auswirkungen im Vorhinein, um diese mit entsprechenden Übergangsstrategien abzufedern. Wo der Ausbruch oder die Eskalation von Gewalt als Folge wahrscheinlich sind, gilt es, geplante Rückzugsentscheidungen zu überdenken.

Warum zivile Konfliktprävention so zentral ist

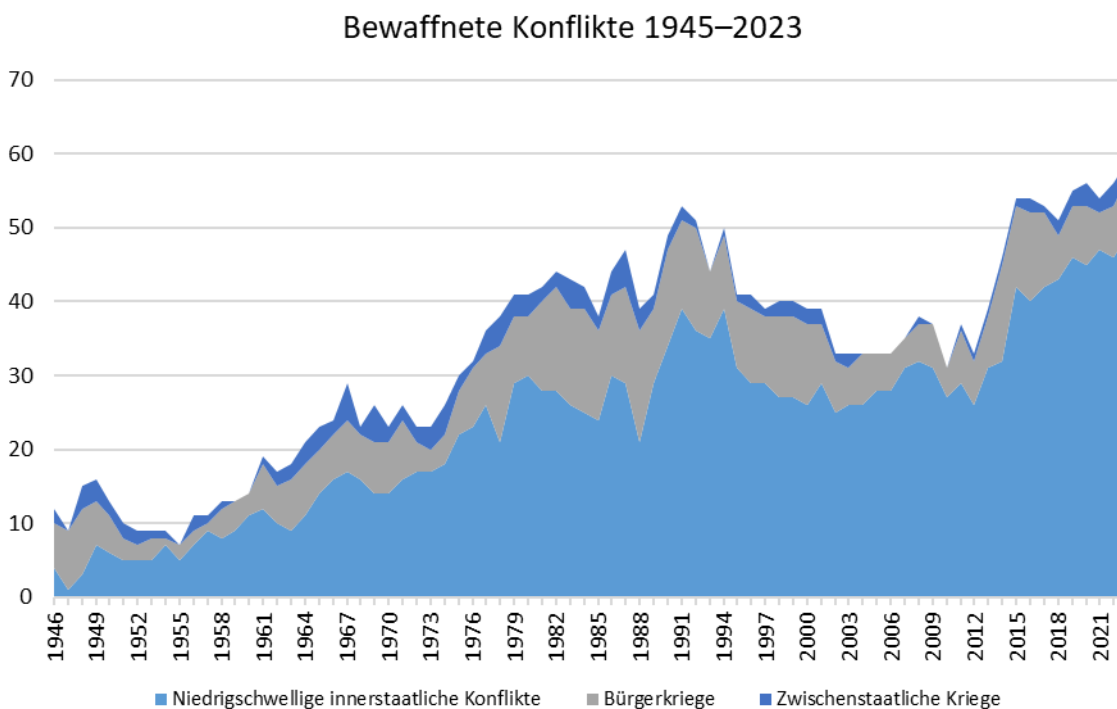
Seit Sommer 2023 hat die Bundesrepublik Deutschland erstmals eine Nationale Sicherheitsstrategie. Ihr erklärtes Ziel ist es, integrierte Sicherheit und Frieden für Deutschland zu schaffen. Ziviler Krisenprävention räumt sie dabei besonderen Stellenwert ein. Im engeren Sinn und entsprechend dem internationalen Sprachgebrauch (*conflict prevention*) geht es dabei um Konfliktprävention: Gewaltkonflikten mit zivilen Mitteln vorzubeugen ist zentral, um friedensfähig zu bleiben und wehrhafter zu werden. Um zivile Konfliktprävention in eine Gesamtstrategie für integrierte Sicherheit einzufügen, ist es wichtig zu wissen, ob und mit welchen Mitteln sie wirkt. Das ist keine einfache Frage, weil das Ergebnis erfolgreicher Prävention in der Regel nicht sichtbar ist.

Dieser Policy Brief fasst die Ergebnisse einer umfassenden Literaturschau über die Wirksamkeit der Konfliktprävention durch Entwicklungszusammenarbeit (EZ) zusammen (eine Übersicht der verwendeten Quellen ist über ei-

nen [Online-Appendix](#) einsehbar). Dabei setzt EZ vor allem bei innerstaatlichen Konflikten und den Konsequenzen von zwischenstaatlichen Konflikten in einzelnen Ländern an. Obgleich zwischenstaatliche Kriege aktuell viel Aufmerksamkeit erhalten, stellen innerstaatliche Konflikte noch immer die große Mehrheit aller Gewaltkonflikte dar (siehe Abb. 1). Insgesamt gibt es derzeit so viele Konflikte wie noch nie seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Konfliktprävention kann *vor*, *während* und *nach* Konflikten ansetzen, um einen (erneuten) Ausbruch oder die Ausbreitung von Gewaltkonflikten zu verhindern.

Im Folgenden identifizieren wir zum einen spezifische Ansätze und Instrumente, die erwiesenermaßen zur Prävention von Konflikten eingesetzt werden können, insbesondere Friedens- und Demokratieförderung. Zum anderen diskutieren wir, wie EZ insgesamt auf Konflikte wirkt und ob sie zu deren Prävention beiträgt. Dies ermöglicht es, Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Allokation von entwicklungspolitischen Mitteln und das Design von Projekten zu ziehen.

Abbildung 1: Anzahl verschiedener Arten bewaffneter Konflikte zwischen 1945 und 2023



Quelle: Eigene Berechnungen basierend auf UCDP/PRIO-Daten

Effektive Instrumente der Konfliktprävention

Zwei konkrete EZ-Bereiche können nachweislich zu effektiver Konfliktprävention beitragen – Demokratie- und Friedensförderung. Zunächst kann internationale **Demokratieförderung** Demokratisierungsprozesse unterstützen. Dies ist relevant, weil stabile Demokratien ein deutlich geringeres Konfliktrisiko haben als hybride Regime, die *zwischen* stabiler Demokratie und stabiler Autokratie liegen. Hier kann Demokratieförderung daher einen wichtigen Präventionseffekt entfalten. Von Kritikern der Demokratieförderung wird zuweilen angeführt, dass ein Regimewandel (sowohl Demokratisierung als auch Autokratisierung) das Gewaltisiko erhöhen könne und dass Unterstützung für Demokratisierung daher grundsätzlich risikobehaftet sei. Länderübergreifende Studien zeigen jedoch, dass die internationale Begleitung von Demokratisierungsprozessen dazu beiträgt, dass diese friedlich verlaufen und Gewaltausbrüche verhindert werden – auch in Postkonflikt-Situationen. Erfolgsbedingungen für die konfliktpräventive Wirkung von Demokratieförderung sind hierbei, dass sie Pluralismus, politischen Wettbewerb und *checks and balances* unterstützen. Zudem darf Demokratie nicht als nachrangiges Ziel betrachtet werden.

Demokratieförderung kann außerdem spezifische Gewaltformen reduzieren. So verringert Unterstützung für die Organisation von Wahlen das Risiko, dass Gewalt ausbricht, wie zwei Studien belegen. Wahlbeobachtung hat geholfen, die Qualität von Wahlen zu verbessern, was ebenfalls das Gewaltisiko verringerte. Wahlbeobachtung begünstigte aber auch Gewalt nach Wahlen, wenn Wahlverlierer kritische Berichte nutzten, um Ergebnisse anzuzweifeln und zu Gewalt aufzurufen. Eine Studie zeigt zudem, dass Demokratieförderung terroristische Gewalt reduziert hat. Dies wird damit erklärt, dass sie Inklusion und Partizipation verbessert und damit die Neigung Einzelner oder von Gruppen verringert hat, zu Gewalt zu greifen. Ähnlich positive Effekte von Unterstützung für die Zivilgesellschaft – einem Unterbereich von Demo-

kratieförderung – werden von einer weiteren Studie belegt.

Friedensförderung kann nach einem Bürgerkrieg maßgeblich dazu beitragen, einen Wiederausbruch von Gewaltkonflikten zu verhindern. So zeigt eine umfassende Analyse verschiedener Komponenten der Friedensförderung, dass bestimmte Arten und Kombinationen von Instrumenten beeinflusst haben, ob es zum Wiederausbruch kam. Insbesondere Unterstützung von Demokratie und guter Regierungsführung erklärte einen großen Teil der friedlichen Fälle. Nur umfassende internationale Bemühungen, die alle Arten der Friedensförderung (von sozioökonomischer Entwicklung über Demokratie/Governance bis zur Friedenssicherung) einschlossen, haben auch besonders schwierige Kontexte bewältigt. Länder, die von der internationalen Gemeinschaft vernachlässigt wurden, waren hingegen hochanfällig für erneute Konflikte.

Besonders gut belegt ist die Wirksamkeit von UN-Friedensmissionen für Konfliktprävention und -reduktion. UN-Friedenssicherung reduzierte in vielen Fällen Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, verhinderte den Wiederausbruch von Bürgerkriegen, verringerte die Zahl der Todesopfer und half, die Ausbreitung von Gewalt einzudämmen. Und dies, obwohl Friedenstruppen nachweislich an den Hotspots der schwersten Konflikte im Einsatz sind. Multidimensionale Friedenssicherungseinsätze haben sich dabei als besonders wirksam erwiesen. Sie verbinden ein robustes Mandat zur Stabilisierung mit Unterstützung im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich – eine klassische Aufgabe der EZ. Welche spezifischen Aspekte für den Erfolg maßgeblich sind, ist bisher nicht eindeutig geklärt. Als wichtigste kausale Mechanismen für die friedensfördernde Wirkung wird u.a. auf die Unterstützung von Wahlen und den Schutz von Menschenrechten hingewiesen. Auch können Friedensmissionen Wahlgewalt signifikant senken. Zwei andere Studien belegen, dass gerade das Zusammenspiel von Sicherheits- und anderen Bemühungen, u.a. der Demokratieförderung, besonders effektiv ist.

In Anbetracht ihrer belegten positiven Wirkung ist die Frage, warum diese Instrumente trotz weltweit zunehmender Konflikte nicht häufiger zum Einsatz kommen. Daten der OECD zeigen, dass der Anteil der Friedensförderung (beinhaltet auch zivile Beiträge für UN-Friedensmissionen) an allgemeiner EZ in den letzten zehn Jahren konstant bei lediglich 2,3 Prozent der Mittel der Official Development Assistance (ODA) lag.

EZ insgesamt als Mittel der Konfliktprävention?

Allgemein kann EZ (gemessen als ODA) darauf abzielen, Beiträge zur Prävention von Konflikten zu leisten, indem sie eine Reihe von Konfliktursachen adressiert. Im Bereich menschliche Entwicklung gibt es zum Beispiel einige Befunde, dass EZ diese in Konflikt- und Postkonflikt-Kontexten effektiv fördern konnte. Hohe Kindersterblichkeit und niedriger Bildungsstand wiederum weisen eine starke Korrelation mit Konfliktausbrüchen auf. Allgemeine Aussagen zur konfliktreduzierenden Wirkung von EZ lassen sich daraus aber nur schwer ableiten: Die Wirkungskette ist sehr lang und die Forschung zu konfliktmindernden und -verstärkenden EZ-Wirkungen immer mit großen Attributionsproblemen konfrontiert. Die meisten Untersuchungen finden keinen signifikanten Zusammenhang zwischen EZ und verringerter Ausbruchswahrscheinlichkeit von Gewaltkonflikten und Krieg.

Unter bestimmten Bedingungen kann EZ sogar Gewaltdynamiken verstärken. Zwei Studien zu Afghanistan belegen, dass EZ insbesondere in umkämpften Gebieten zu höheren Opferzahlen beigetragen hat. Zum einen schafft sie zusätzliche Anreize, strategisch wichtige und ressourcenreiche Gebiete zu kontrollieren, zum anderen haben Rebellengruppen EZ als Bedrohung ihrer Machtbasis gesehen und darauf mit erhöhter Gewalt reagiert. Eine Studie zu den Philippinen stellt eine Zunahme von politischer Gewalt primär durch nichtstaatliche Akteure zu Beginn eines Entwicklungsprogramms fest – vermutlich, weil diese verhindern wollten, dass die Regierung von Legitimierungseffekten profitiert. Ein aktuelles

Umfrageexperiment, ebenfalls in den Philippinen, legt zudem nahe, dass lokale Politiker die Einwerbung von EZ-Projekten nutzen könnten, um von Wahlgewalt abzulenkten. Im Postkonflikt-Land Nepal zeigte sich ein konfliktfördernder Effekt von EZ insbesondere in Bezug auf nichtstaatliche Gewalt und in ethnisch heterogenen Gemeinden. Ein noch unveröffentlichtes Arbeitspapier zeigt über 121 Empfängerländer hinweg auf, dass EZ insbesondere auf der lokalen Ebene, im Zusammenhang mit Wahlen und dort, wo Institutionen schwach sind, mit höherer Gewalt korreliert. Demnach können politische Akteure Gewalt nutzen, um Wahlen für sich zu entscheiden und so Zugang zu EZ als Ressource zu bekommen. Da viele der genannten Studien einen konkreten Länderbezug und gleichzeitig unterschiedliche Foki haben, lassen sich hieraus keine allgemeingültigen Aussagen ableiten. Dennoch liefern sie wichtige Ansatzpunkte, um Kontextfaktoren zu identifizieren, in denen EZ besonders konfliktsensibel gestaltet werden muss. Gleichzeitig könnte mehr Forschung zur Frage, welche Arten von EZ politische Gewalt wann befeuern, helfen, EZ als Konfliktpräventionsinstrument zu stärken.

Die Art der Umsetzung kann maßgeblichen Einfluss darauf haben, ob Projekte konfliktfördernd sind. Eine Untersuchung aller Weltbankprojekte in Afrika zwischen 1995 und 2014 zeigt, dass insbesondere schlecht geführte Projekte konfliktverschärfend wirkten. Wenn tägliche Kontrollen, Nachverfolgung der Ressourcenverwendung und systematisches Monitoring seitens der Projektleitung fehlten, begünstigte dies die Ausbeutung von EZ-Ressourcen durch Gewaltakteure. In der Debatte um die Wirkung von humanitärer Hilfe auf Konflikte (deren Ausbruch wie auch Dauer) zeigen neuere Untersuchungen, dass humanitäre Hilfe in den 1990er Jahren eher konfliktfördernd wirkte, in späteren Phasen jedoch nicht mehr. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass durch Reformen in der Umsetzung negative Effekte verhindert werden konnten. So wurde das *Do-no-Harm*-Prinzip als Antwort auf konfliktfördernde Effekte von humanitärer Hilfe und EZ Ende der 1990er entwickelt und zunehmend implementiert.

Abrupte starke Rückgänge von EZ – sogenannte EZ-Schocks – können zum Ausbruch von Gewaltkonflikten und Bürgerkrieg führen. Dies lässt sich damit erklären, dass EZ für viele Staaten eine wichtige Einnahmequelle darstellt, deren plötzlicher Wegfall die öffentlichen Institutionen gegenüber Rebellen schwächt (sowohl, weil weniger Investitionen in Sicherheit möglich sind, als auch, weil EZ-Mittel weniger zur Befriedung von Widersachern genutzt werden können). Die Anwesenheit anderer, auch nichttraditioneller Geber kann diesen Effekt abmildern. In Zeiten knapper Mittel und multipler Konfliktherde ist es wichtig, dass Geber sich bewusst sind, was ein Abzug ihrer Mittel bewirken kann. Dies bedeutet auch, dass das Füllen von Lücken, wie sie aktuell durch die Auflösung von USAID entstehen, ein wichtiges Element von Konfliktprävention ist.

Eine vielbeachtete Meta-Analyse kam 2017 zu dem Schluss, dass internationales Engagement in Konfliktkontexten tendenziell konfliktverschärfend wirkt. Nach dem aktuellen Stand der Literatur muss diese Schlussfolgerung jedoch in Frage gestellt werden. Viele der Studien zu humanitärer Hilfe, auf denen die Analyse basierte, wurden später für methodische Schwächen kritisiert, und ihre Ergebnisse konnten nicht repliziert werden.

Handlungsempfehlungen

Ein Überblick über den Forschungsstand zeigt: EZ ist nicht per se Konfliktprävention. Aber sie kann dann Gewalt verhindern oder eindämmen, wenn sie gezielt als Konfliktprävention aufgelegt und konfliktsensibel ausgestaltet ist. Für erfolgreiche Konfliktprävention ist auch zentral, mögliche Konfliktherde und -ursachen frühzeitig zu identifizieren. Dies erfordert spezifische Analysefähigkeiten. Insgesamt lassen sich damit folgende Empfehlungen ableiten:

Friedens- und Demokratieförderung priorisieren und Ressourcen entsprechend umsteuern. Friedens- und Demokratieförderung sind diejenigen zivilen Mittel, für die eine konfliktpräven-

tive und -reduzierende Wirkung am deutlichsten nachgewiesen werden kann. Um EZ als Konfliktprävention aufzustellen, empfiehlt es sich daher, vorhandene Ressourcen umzusteuern und in diese Bereiche zu investieren, sie möglichst gut miteinander zu verzahnen sowie demokratie- und friedensfördernde Maßnahmen insbesondere in solchen Ländern umzusetzen, in denen akute Gewaltkonflikte drohen oder vor kurzem beendet wurden.

Analyseinstrumente schärfen und als Entscheidungsgrundlage nutzen. Um Konfliktprävention richtig einzusetzen, ist strategische Vorausschau durch die gesamte Bundesregierung bedeutend. Sie kombiniert kurzfristige Frühwarnung mit langfristiger Szenarienarbeit. Bestehende Analyseinstrumente der EZ sollten stärker auf die lokal vorhandenen Konflikt- und Friedenspotentiale fokussieren und konsequenter als Entscheidungsgrundlage für die Ausgestaltung von Länderportfolios genutzt werden.

Das *Do-no-Harm*-Prinzip konsequenter umsetzen. Die Forschung zeigt, dass EZ im schlimmsten Fall Gewaltkonflikte befördern kann. Obwohl das *Do-no-Harm*-Prinzip fester Bestandteil der Planung von EZ-Programmen ist, sind viele in der Praxis nicht hinreichend konfliktsensibel. Daher gilt es, *Do-no-Harm* konsequent für alle Arten von EZ umzusetzen.

Exit-Schocks vermeiden. Angesichts rückläufiger EZ-Budgets und einer stärkeren Fokussierung der EZ auf außen- und sicherheitspolitische Prioritäten werden zahlreiche Empfängerländer empfindliche Einbußen beim Zufluss von EZ-Mitteln erleiden, bzw. tun dies bereits. Dabei sollten die möglichen konfliktverschärfenden Auswirkungen vorab anhand von Szenarien analysiert und mit entsprechenden Übergangsstrategien abgedeckt werden. Wo der Ausbruch oder die Eskalation von Gewalt als Folge wahrscheinlich sind, ist es notwendig, geplante Kürzungsentscheidungen zu überdenken.

Dr. Charlotte Fiedler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Transformation politischer (Un-)Ordnung“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS) in Bonn.

E-Mail: charlotte.fiedler@idos-research.de

Dr. Jasmin Lorch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Transformation politischer (Un-)Ordnung“ am IDOS.

E-Mail: jasmin.lorch@idos-research.de

Dr. Karina Mross ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Transformation politischer (Un-)Ordnung“ am IDOS.

E-Mail: karina.mross@idos-research.de

PD Dr. Julia Leininger ist Leiterin der Abteilung „Transformation politischer (Un-)Ordnung“ am IDOS.

E-Mail: julia.leininger@idos-research.de

Ein ausführlicher Literaturüberblick zu diesem Policy Brief ist online abrufbar:

https://doi.org/10.23661/ipb4.2026_app

Das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) wird institutionell vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf Grundlage eines Beschlusses des Deutschen Bundestages und vom Land Nordrhein-Westfalen als Mitglied der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) finanziert.

Zitationsvorschlag:

Fiedler, C., Lorch, J., Mross, K. & Leininger, J., (2026). *Entwicklungszusammenarbeit als Konfliktprävention? Was die Forschung sagt* (IDOS Policy Brief 4/2026). IDOS. <https://doi.org/10.23661/ipb4.2026>

Disclaimer:

Die in diesem Papier dargelegten Analysen geben die Meinung der Autor*innen wieder und stellen nicht unbedingt jene des German Institute of Development and Sustainability (IDOS) dar.



Sofern nicht anders angegeben, ist der Inhalt dieser Publikation unter einer Creative Commons Attribution 4.0 International Licence lizenziert. Es ist erlaubt, dieses Werk zu vervielfältigen, zu verbreiten und zu bearbeiten, solange das German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH und der/die Autor*in(nen) genannt werden.

IDOS Policy Brief / German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

ISSN (Print) 2751-4455

ISSN (Online) 2751-4463

DOI: <https://doi.org/10.23661/ipb4.2026>

© German Institute of Development and Sustainability (IDOS) gGmbH

Tulpenfeld 6, 53113 Bonn

E-Mail: publications@idos-research.de

<http://www.idos-research.de>

Gedruckt auf umweltfreundlichem, zertifiziertem Papier.

